

Das Scheitern der Pseudo-Inklusion

Beklagte Missstände, unangenehme Wahrheiten und dringliche Umsteuerungen

von *Hans Wocken*

Inklusionskritik ist in Mode gekommen und gesellschaftsfähig geworden. Die Inklusionskritiker und -gegner haben die schulische Inklusion gründlich schlecht geredet. Sie kritisieren schulische Inklusion allerdings nicht, um sie zu optimieren. Nein, sie wollen in Wahrheit schulische Inklusion restriktiver handhaben und im Tempo drosseln, am liebsten aber abschaffen und verhindern. Und deshalb muss Inklusion madig gemacht werden. Die Antiinklusionskampagne ist dabei nicht zimperlich und beschwört nicht etwa einige Kinderkrankheiten der Inklusion, sondern gleich den vollständigen Untergang des deutschen Bildungssystems. Der Gymnasiallehrer Michael Felten behauptet, dass Inklusion das Bildungssystem „ruiniere“. Dem langjährigen Präsidenten des Philologenverbandes Josef Kraus zufolge trägt insonderheit Inklusion dazu bei, dass eine ganze Bildungsnation „vor die Wand gefahren“ wird. Das Gymnasium wittert angesichts von schulischer Inklusion eine bildungspolitische Apokalypse. Die angstmachende Drohung lautet: Wenn auch Schüler mit Behinderungen in die allgemeinen Schulen Einzug halten, dann steht allerorten ein rapider Leistungsabfall ins Haus und das deutsche Bildungssystem wird im internationalen Wettbewerb hoffnungslos hinterherlaufen.

Man beachte: Das PISA-Desaster des gegliederten Schulwesens in den Jahren 2000, 2003 und 2006 hat schon weit vor der Implementation von Inklusion stattgefunden. Inklusion begann frühestens 2009, Migration kam ab 2015 dazu. Das hochgepriesene gegliederte Schulsystem unterlag in den internationalen Wettbewerben auch ohne Inklusion und Migration, die ja gerne als Entschuldigung für das blamable Versagen des Systems bemüht werden. Ferner: Die Kritik an der Inklusionsreform geht von den Flaggschiffen des gegliederten Schulsystems Gymnasium und Realschule aus! Die Grundschulen haben in anerkennenswerter Weise – dank ihrer fast einhundertjährigen „Gesamtschultradition“ – auf breiter Front die pädagogische Herausforderung Inklusion angenommen. Im Windschatten der lauten, öffentlichen Inklusionsklage freuen sich die Sonderschulen, dass sie weiterhin nahezu ungeschmälert Bestand haben. Für diese Bestandswahrung müssen die Sonderschulen selbst nicht einen einzigen Finger rühren. Die höheren Schulen erledigen stellvertretend das Geschäft der Sonderschulen und treten standhaft für

eine vollständige Erhaltung der Sonderschule ein. Ein Schelm, wer Schlechtes dabei denkt.

Die wissenschaftliche Inklusionskritik erörtert durchaus eine ganze Reihe ungeklärter Fragen und Problemfelder, worüber sich reden ließe. Die öffentliche Inklusionskritik indes fokussiert brennpunktartig zweierlei Schwachstellen:

1. Unterfinanzierung

Die schulische Inklusion ist heillos unterfinanziert. Die inklusiven Lerngruppen sind viel zu groß und es mangelt vor allem an hinreichendem und qualifiziertem Personal. Statt des erträumten Zweitlehrers bzw. der geforderten Doppelbesetzung kommen in so manchen Inklusionsklassen gerade mal zwei Sonderpädagogen-Stunden pro Klasse und pro Woche an. Es soll hier und da sogar Null-Summen-Inklusion geben. Angesichts der desolaten Ressourcenausstattung muss man wirklich nicht lange fragen und suchen, wer die Inklusion vor die Wand gefahren hat.

2. Überforderung

Die Lehrer, insbesondere die Regelschullehrer, sind völlig überfordert – so eine viral um sich greifende Meinung. Sie sind weder für die Unterrichtung heterogener Lerngruppen vorbereitet und qualifiziert worden noch werden sie in der täglichen Inklusionsarbeit durch externe Beratungs- und Kooperationsdienste hinlänglich und verlässlich unterstützt. So manche Inklusionslehrer resignieren, machen nur noch Dienst nach Vorschrift, sind wegen Burnout Wochen oder Monate lang krank oder gehen gar freiwillig in den vorzeitigen Ruhestand. Die Beschwörung der Lehrergesundheit lässt Mitgefühl aufkommen und rückt die Inklusion in die Rolle einer böartigen Krankheit.

Das ist in Schwarz-Weiß das holzschnittartige Schreckensgemälde, das die Inklusionskritiker und -gegner derzeit mit einigem Erfolg vermitteln und öffentlich machen. Beide Schwachpunkte – Unterfinanzierung und Überforderung – sind ohne alle Frage real und nicht akzeptabel, aber dieses Narrativ der Kritik ist nur die halbe Wahrheit. Es ist an der Zeit, gegen dieses schiefe, unvollständige und deshalb falsche Bild über die Realität der Inklusion aufzustehen und Einspruch einzulegen. Trotz der zu Recht beklagten Mängel ist die real existierende Inklusion bei weitem besser als ihr Ruf. Zwei gravierende Fehlentwicklungen kennzeichnen die bisherige „Inklusionsreform“: Separationsstillstand und Etikettierungsschwemme.

3. Separationsstillstand

Werfen wir einmal einen empirischen Blick auf die quantitative Bilanz der sogenannten Inklusionsreform. Im Jahr 2009, in dem die UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) von Deutschland völkerrechtsverbindlich ratifiziert wurde, betrug der relative Anteil jener Förderschüler, die in Sonderschulen separiert wurden, 4,9 %. Im Jahr 2016 beträgt diese sogenannte Förderschulquote 4,4 %. Die bisherige „Inklusionsreform“ hat also innerhalb von acht Jahren die Aussonderung von Schülern mit Behinderungen gerade mal um magere 0,5 % vermindern können. Dieses außerordentlich klägliche Ergebnis kann man kaum als ein Indiz werten, dass die Bildungspolitik entgegen ihrer völkerrechtlichen Verpflichtung zielstrebig und erfolgreich am Aufbau eines inklusiven Bildungssystems arbeitet. Die empirischen Daten sprechen eindeutig für einen nahezu vollständigen Separationsstillstand: separation as usual! Und das unter der vollmundigen Reformvokabel Inklusion!

Allerdings gibt es erhebliche Unterschiede in den Reformfortschritten zwischen den Bundesländern. Bayern, Baden-Württemberg, Saarland und Rheinland-Pfalz haben den prozentualen Anteil von behinderten Schülern in Sonderschulen nicht nur stabilisiert, sondern in den acht Reformjahren sogar um etwa 0,2 % gesteigert! Lediglich die Bundesländer Berlin, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Thüringen haben ihre Förderschulquote deutlich senken können.

Das ist die nackte, empirische Wahrheit der unverstandenen, ungeliebten und gescholtenen Inklusionsreform. Stattdessen verbreiten die Inklusionskritiker und -gegner gerne Nachrichten über die Schließung von Förderschulen und über eine angebliche Überschwemmung der allgemeinen Schulen mit schwierigen, anstrengenden Schülern. Besonders beliebt sind Schauergeschichten über unbotmäßige, unerziehbare und gewalttätige „behinderte“ Schülerinnen und Schüler, die angeblich dauernd den Unterricht stören und die gesamte Schule terrorisieren.

Was unter einem inklusiven Schulsystem zu verstehen ist, mag ja strittig sein. Ungeachtet aller Meinungsverschiedenheiten sollte indessen Einvernehmen darüber bestehen, dass eine stetige Minimierung der Förderschulquote das unbedingte empirische Minimalkriterium einer wirklichen Inklusionsreform sein sollte. Ohne eine Minimierung der Separation ist Inklusion nicht zu haben, da beißt die Maus keinen Faden ab.

4. Etikettierungsschwemme

Statt sich um einen spürbaren, nachhaltigen Abbau der Separation in Förderschulen zu bemühen, ist die sogenannte Inklusionsreform auf einem anderen Felde außerordentlich aktiv und – leider – sehr erfolgreich. Bekanntlich

gibt es zwischen den Bundesländern einen ehrgeizigen Wettlauf um die höchsten „Inklusionsquoten“. „Inklusionsquote“ meint den Anteil jener Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die in allgemeinen Schulen unterrichtet werden, also inkludiert sind. Auf der Rankingliste imponieren mit den höchsten Inklusionsquoten wiederum die Länder Berlin, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein mit Inklusionsquoten von 60 bis 85 Prozent. Die jüngste Erfolgsmeldung kommt aus Niedersachsen, das eine stolze Inklusionsquote von 64,3 Prozent angibt; nahezu zwei Drittel aller Schüler „mit sonderpädagogischem Förderbedarf“ sind dort in allgemeinen Schulen, vorwiegend in Grundschulen, Hauptschulen und Gesamtschulen, inkludiert. Sind nun diese magisch beschworenen Inklusionsquoten ein glaubwürdiges Indiz für eine wünschenswerte und konzeptgemäße Inklusionsreform? Weit, sehr weit gefehlt!

Im inklusionpolitischen Diskurs der Gegenwart wird das scheinbar objektive, untrügliche Kriterium „Inklusionsquote“ systematisch missbraucht, um eine erfolgreiche Inklusionspolitik vorzugaukeln. Die „Inklusionsquote“ ist eine willfährige Magd für eine der größten bildungspolitischen Täuschungsmanöver der Gegenwart! Wie das?

Der bereits beschriebene Separationsstillstand besagt ja, dass die Schülerinnen und Schüler mit Behinderung wie bisher trotz der Inklusionsreform im Wesentlichen in den Sonderschulen verbleiben und es keinen massenhaften Exodus von Förderschülern aus den Sonderschulen gegeben hat. Woher kommen dann all die vielen, vielen Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die nun zu den aufgeblasenen Inklusionsquoten führen? Ganz einfach: Die „neuen“ Förderschüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf sind nicht ehemalige Sonderschüler, sondern sie kommen fast ausschließlich aus den Regelschulen selbst. In allen Regelschulen gibt es schwache, schwierige und schlechte Schüler, die früher „von Behinderung bedroht“ und heute Problemschüler oder Risikoschüler (PISA) genannt werden.

Diese Problem- und Risikoschüler werden per großzügiger, dienstbarer sonderpädagogischer Diagnostik als Schülerinnen und Schüler „mit sonderpädagogischem Förderbedarf“ identifiziert und etikettiert. Weil die neuen, etikettierten Förderschüler aber in den Regelschulen verbleiben, gelten sie als „inkludiert“, und in der Folge schnellen die Inklusionsquoten in schwindelerregende Höhen. Das Geheimnis der Inklusionsquote ist in Wahrheit eine unkontrollierte und ausufernde Etikettierungsschwemme. Diagnostische Wilderei in allgemeinen Schulen! Kritisch gewendet: Eine Reduktion der Normalitätstoleranz und eine Verseuchung der allgemeinen Schule mit dem sonderpädagogischen Defizitblick.

Es gibt gewiss mehrere Gründe für die grassierende Etikettierungsschwemme. Der wichtigste Grund für überaus leichtfertige und freizügige Etikettierungen dürfte das Bemühen um zusätzliche personelle Ressourcen sein, insbesondere um zusätzliche Sonderpädagogen-Stunden. Für diagnostisch nachgewiesene Förderbedarfe können bekanntermaßen zusätzliche Fördererressourcen reklamiert und akquiriert werden. Weil Förderdiagnosen mit Förderressourcen belohnt werden, kommt gemäß dem Verstärkungsgesetz eine unheilvolle Spirale in Gang: Für Diagnosen gibt es Ressourcen und mehr Ressourcen animieren zu noch mehr Diagnosen, und so fort. So wird durch die Etikettierungsschwemme eine wundersame Vermehrung von „Inklusionskindern“ an Regelschulen in die Welt gesetzt.

Inklusion ohne eine Inklusion von Schülern mit Behinderungen?

Die real existierende Inklusionsreform hat in Wahrheit also nichts Anderes hervorgebracht als eine „Pseudo-Inklusion“. Die „Pseudo-Inklusion“ ist definiert durch die Gleichzeitigkeit von Separationsstillstand (im Sonderschulsystem) und Etikettierungsschwemme (im Regelschulsystem). Diese beiden fatalen Fehlentwicklungen lassen mit guten Gründen daran zweifeln, ob eine wirkliche Inklusion überhaupt schon stattgefunden hat. Zu konstatieren und zu beklagen ist vielmehr eine Inklusionsreform ohne echte Inklusion. Wollen wir allen Ernstes auch dann von Inklusion sprechen, wenn die sogenannte Inklusionsreform die behinderten Schülerinnen und Schüler in den Sonderschulen schlichtweg „vergisst“ und sie dort belässt? Inklusion ohne eine Inklusion von Schülern mit Behinderungen ist keine Inklusion!

Im Lichte dieser empirisch fundierten Analyse der real existierenden Pseudo-Inklusion müssen auch die eingangs erwähnten Hauptklagen Unterfinanzierung und Überforderung neu interpretiert werden.

Unterfinanzierung der Inklusion?

Von den Kultusministerien werden für die vorfindlichen inklusiven Schulen Jahr für Jahr -zig Millionen ausgegeben. Das ist wohl nicht genug, aber auch nicht wenig. Diese nicht unerheblichen finanziellen Aufwendungen für das Projekt Inklusion fließen aber zum weitaus größten Teil in die inklusiven Regelschulen, ohne dass diese dafür als inklusive Gegenleistung Schüler mit Behinderungen aus den Sonderschulen herausholen und in allgemeine Schulen inkludieren. Die ressourcengierige Etikettierungsschwemme lässt für eine Integration der behinderten Schülerinnen und Schüler nicht mehr viel übrig. Die Pseudo-Inklusion geht damit an der eigentlichen Zielpopulation, um deren Willen Inklusion erfunden wurde, vorbei! Die Schülerinnen und Schüler mit Behinderung werden von der Pseudo-Inklusion um ihre Inklusion in Regelschulen betrogen! Und schwache oder schwierige Risiko- und

Problemschüler, die vormalig noch irgendwie mitliefen und unbescholten davongekommen sind, werden nun mithilfe einer wissenschaftlich fragwürdigen sonderpädagogischen Diagnostik als „besonders“ gelabelt und für verletzende Stigmatisierungsprozesse freigegeben.

Überforderung der Lehrer?

Die laute Klage der Lehrerinnen und Lehrer über unzureichende Rahmenbedingungen, über kaum zu bewältigende Zumutungen der Inklusionsaufgabe ist sicherlich in allzu vielen Fällen mehr als berechtigt. Weil aber heutige Inklusionsschulen wenige bis gar keine „behinderten“ Sonderschüler beherbergen und die Regelschulen die gleichen Schüler wie vorher auch haben, sind die Klagen über Belastungen durch die Inklusion nicht immer nachvollziehbar. Es kann nicht sein, dass Lehrerinnen und Lehrer überfordert werden durch Schülerinnen und Schüler, die sie vor der Inklusion auch schon hatten, nun aber das Etikett „sonderpädagogischer Förderbedarf“ tragen. Im statistischen Durchschnitt (!) haben heutige inklusive Klassen nicht mehr „schwierige“ Schüler als früher. In so manchen Einzelfällen (!) kann das natürlich durchaus zutreffen, insbesondere dann, wenn in mehrzügigen Schulen die schwachen und schwierigen Schüler zwecks „Ressourcenbündelung“ alle in die inklusive Klasse abgeschoben werden.

Gelegentlich entsteht der Eindruck, dass so mancher Frust und Ärger, der heutigen Tags im anstrengenden und belastungsreichen Lehreralltag durchaus entsteht, sich in einer kräftigen, enthemmten Inklusionsschelte entlädt. Die Inklusion wird solchermaßen über den Abwehrmechanismus „Verschiebung“ zum Sündenbock für alles gemacht, was sich anderenorts als Ärger aufgestaut hat. Dies ist ungerecht und muss Inklusion sich nicht gefallen lassen. Inklusion ist nicht der geduldige Packesel für jedwede Mängel, die einzelnen Schulen oder dem ganzen Schulsystem eigen sind. Das verbreitete Wehklagen der Lehrerinnen und Lehrer berührt mich emotional durchaus; rational kann ich das überschießende Lamentieren nur bedingt als begründet nachvollziehen.

Dringliche Umsteuerungen

Nicht die Inklusion ist gescheitert, sondern die bisherige „Pseudo-Inklusion“ ist krachend gescheitert! Eine Umsteuerung der Inklusionspolitik tut dringend not, aber bitte in die richtige Richtung. In aller Kürze seien dringliche Maßnahmen aufgelistet:

1. Klares bildungspolitisches Bekenntnis zum Primat der Inklusion: Die gegenwärtige Bildungspolitik ist der völkerrechtlichen Verpflichtung zum Aufbau eines inklusiven Schulsystems bislang nicht in überzeugender Weise nachgekommen; sie ist halbherzig und unglaubwürdig.

2. Klares bildungspolitisches Bekenntnis zur Minimierung der Separation und zum progressiven Rückbau des Sonderschulsystems: Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen dagegen stabilisieren das Sonderschulsystem und reanimieren sogar sonderpädagogische Zwergschulen.
3. Inklusion ist Aufgabe aller Schulen! Deshalb keine systematische Abdrängung der Inklusion in Schwerpunktschulen und keine generelle Beschränkung der Inklusion auf Haupt- und Gesamtschulen.
4. Änderung der Ressourcensteuerung: Die sonderpädagogische Ressourcenbeschaffungsdiagnostik muss an die Kette gelegt und die Etikettierungsschwemme wirksam eingedämmt werden. Statt einer Pro-Kopf-Vergütung sollte eine systemische Ressourcenzuweisung erfolgen, die sich an der Gesamtschülerzahl sowie den Prävalenzraten von Behinderungen orientiert und um einen Sozialindex für schulische Einzugsbereiche korrigiert wird.

In NRW zielt die „neue Inklusionspolitik“ der schwarz-gelben Koalition dagegen auf „ein möglichst breites Förderschulangebot“ und eine Verlagerung der Inklusion in Schwerpunktschulen. Statt ein Netz von flächendeckenden, wohnortnahen inklusiven Schulen aufzubauen, geht es nun umgekehrt um „ein wohnortnahes Förderschulangebot“. Diese Kehrtwende wird durch eine „Mindestgrößenverordnung für Förderschulen“ eingeleitet. Im Förderschwerpunkt „Lernen“ etwa reichen in der Primarstufe 28 Schüler, in der Sekundarstufe 84 Schüler als Mindestgröße für selbstständige Sonderschulen. Wenn das immer noch nicht geht, dürfen „Förderschulgruppen“ auch an allgemeine Schulen ausgelagert oder „jahrgangsübergreifende Sonderklassen“ gebildet werden. Die Devise lautet erkennbar: separation first! Etwa 40 bereits auslaufende Sonderschulen sollen in NRW wieder reanimiert werden. Man muss kein Hellseher sein: Die neuen Sonderschulplätze werden ganz gewiss auch mit neuen Sonderschülern besetzt werden. Die Vermehrung von Sonderschulen wird unweigerlich auch zu einer Vermehrung von separierten Sonderschülern führen. Der Primat der Inklusion weicht einem Primat der Separation! NRW zementiert das Sonderschulwesen als System (!) und wird in erwartbarer Zeit mit beschämenden Separationsquoten von sich reden machen. Das alles unter der falschen Flagge der Inklusion! Inklusionspolitik paradox!

Prof. Dr. Hans Wocken
Frühlingstr. 13
90522 Oberasbach
www.hans-wocken.de
hans-wocken@t-online.de